

19. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der FDP

Berlins Energieversorgung langfristig sichern und unabhängig gestalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und der Bundesregierung eine Konzeption zu entwickeln, die kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen beinhaltet mit dem Ziel, die Energieversorgung der Metropolregion Berlin-Brandenburg zu sichern, falls es zur Einstellung oder Beeinträchtigung der Versorgung mit fossilen Energieträgern aus Russland kommen sollte. Ziel der Konzeption muss es darüber hinaus sein, die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen und die Lieferquellen zu diversifizieren, um einseitige Abhängigkeiten zu minimieren. Die Konzeption soll folgende Maßnahmen dringlich beinhalten:

Kurzfristige Maßnahmen

- Sicherstellen einer hinreichenden Bevorratung von Brennstoffen, vor allem von Gas, Steinkohle, Erdöl, Benzin, Diesel und Kerosin
- Kritische Überprüfung der Kohleausstiegsplanung für das Kraftwerk Reuter West, insbesondere bezüglich der bisher geplanten Errichtung eines Erdgaskraftwerkes
- Vorbereitung der erweiterten Nutzung und Reaktivierung von Kraftwerken in Brandenburg, um den Energiebedarf von Berlin im Ernstfall zu decken
- Beschleunigter Ausbau des Verteilungsnetzes in Berlin, um dem wachsenden Ausbau der dezentralen Energieerzeugung gerecht zu werden

- Beschleunigung des Umstiegs der Mobilität hin zu erneuerbaren Energien (für Strom, Wasserstoff und e-Fuels)
- Prüfung notwendiger Anpassungen der gemeinsamen Wasserstoffstrategie Berlin-Brandenburg an die aktuellen Herausforderungen

Mittelfristige Maßnahmen

- Auflegen eines umfassenden Programms zur Energieeinsparung und Ersetzung fossiler Brennstoffe durch Erneuerbare in Wohngebäuden für Eigentümer und landeseigene Gesellschaften, welches mehr Spielraum bei der Sanierung ganzer Quartiere zulässt, auch in Bezug auf eine Abwägung zwischen energetischer Sanierung mit der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien. Dabei sind innovative, quartiersbezogene Lösungen zu ermöglichen, statt einseitige Detailvorgaben wie etwa zu Solardächern zu machen
- Umfassende Investitionen in intelligente Infrastruktur, hierbei insbesondere in das Smart Grid (intelligentes Stromnetz), um erneuerbare Energie besser in das Stromnetz zu integrieren und um das Netz optimal auszulasten
- Investitionen in Fernwärmenetze, um dort verstärkt eine Wärmeerzeugung mit erneuerbaren Energien, z.B. mit Wasserstoff oder Power-to-Heat zu ermöglichen
- Förderung von Investitionen in Stromspeicher, um Wind- und Sonnenergie aus Berlin und Brandenburg zu speichern und somit das Stromnetz zu stabilisieren
- Vorlegen einer Wärmeplanung für Berlin unter der Annahme eines Wegfalls der Lieferung fossiler Energieträger aus Russland
- Prüfen der verstärkten Nutzung von Geothermie in der Metropolregion

Langfristige Maßnahmen

- Wasserstoff als Problemlöser weiterentwickeln. Durch die „Power-to-X“-Technologien kann überzähliger Strom im Norden in Wasserstoff umgewandelt werden, dann transportiert und in Berlin wieder in die benötigte Energie umgewandelt werden.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zu lange auf Energielieferungen aus Russland verlassen. Es gibt bereits das ehrgeizige Ziel, bis 2030 100 Prozent Ökostrom bei der Stromerzeugung zu erzielen und bis 2035 die gesamte Energiewirtschaft auf erneuerbare Energie umgestellt zu haben.

Die aktuelle Ukraine-Krise hat deutlich gemacht, dass Berlin sich stärker von äußeren Energielieferungen emanzipieren muss. Der Weg zurück zur Braunkohle ist hierbei wenig sinnvoll. Zudem muss eine Speicherfähigkeit für Strom und Wasserstoff geschaffen werden, um die Versorgung zu puffern und damit zu stabilisieren. Bei der Wärmeversorgung von Wohngebäuden soll die Nutzung von Erdgas vermindert werden, damit Gas zur industriellen Nutzung zur Verfügung steht – denn dort ist Gas derzeit oft nur schlecht zu ersetzen.

Das „Problemkind“ Gebäudesektor muss in den Mittelpunkt der klimapolitischen Bestrebungen des Landes Berlin rücken. Rund 65 Prozent der Gebäude in Berlin sind bislang nur teil- oder gar nicht saniert. Bis 2030 soll im Gebäudebereich der CO₂-Ausstoß auf 67 Millionen Tonnen reduziert werden. Mittelfristig bedarf es deshalb eines Förderprogrammes, das die energetische Sanierung der landeseigenen und privaten Gebäude ermöglicht und sich schnell realisieren lässt. Bei der Optimierung der Energieversorgung von Gebäuden darf dabei aber nicht allein auf Gebäudesanierung gesetzt werden, denn dies wäre für Mieter und Eigentümer zu teuer. Deshalb sollen die Klimaziele dort auch in Teilen auch durch den Einsatz erneuerbarer Energien erreicht werden dürfen – ein Ziel, das auch die aktuelle Bundesregierung verfolgt.

Smart Grid und Wasserstoff können die Lösungen sein, um langfristig unabhängiger von Energieimporten zu werden. Für Berlin muss es das Ziel sein, schnell und verbindlich Abhängigkeiten abzubauen und vielfältige Energielösungen zu schaffen.

Berlin, 7. März 2022

Czaja, Wolf, Reifschneider
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin